

Aktuelles Recht für die Praxis

Das neue Patientenrechtgesetz

Praxishinweise für Ärzte, Krankenhäuser und Patienten

von
Prof. Dr. Ute Walter

1. Auflage

Das neue Patientenrechtgesetz – Walter

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

Gesamtdarstellungen und Allgemeines



Verlag C.H. Beck München 2013

Verlag C.H. Beck im Internet:
www.beck.de

ISBN 978 3 406 65647 7

beck-shop.de

Aktuelles Recht
für die Praxis

beck-shop.de

beck-shop.de

Das neue Patientenrechtegesetz

Praxishinweise für Ärzte, Krankenhäuser
und Patienten

von

Prof. Dr. jur. Ute Walter

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Medizinrecht,
Außerplanmäßige Professorin der Universität Regensburg

2013



beck-shop.de

www.beck.de

ISBN 978 3 406 65647 7

© 2013 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Nomos Verlagsgesellschaft
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: jürgen ullrich typosatz, 86720 Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das neue Patientenrechtegesetz ist am 26.2.2013 in Kraft getreten. Die Idee, hierzu den unmittelbar Betroffenen, Behandelnden wie Patienten, „Praxishinweise“ zu geben, resultiert aus der Erfahrung, dass sich die Formulierungskunst eines Gesetzgebers und allgemeine Verständlichkeit nicht immer decken. Die vorgelegte Darstellung strebt an, interessierte juristische Laien über die Schwelle zu heben, die mittels Paragraphen mit ihren Begrifflichkeiten und allerlei Bezügen zum Rechtssystem insgesamt errichtet wird. Im Ergebnis wäre es gut, wenn der Zugang zu den gesetzlichen Neuregelungen, für diejenigen, die täglich damit zu tun haben, erleichtert wird. Im Mittelpunkt steht daher, in diesem Bändchen die Inhalte des Gesetzes unvoreingenommen vorzustellen und nach Auswirkungen für die Praxis zu fragen, und zwar für beide Seiten eines Behandlungsverhältnisses. Um eine Nachprüfung zu erleichtern, ob das nun gesetzlich festgehaltene Anforderungsprofil einer hinreichenden Sicherung der Patientenrechte auch tatsächlich erreicht wird, schließt das Buch mit zwei Checklisten, zum einen für Patientenbelange und zum anderen für Ärzte und Krankenhäuser.

Abschließend möchte ich mich ganz herzlich bedanken bei Frau stud. iur. Gülperi Cakmak, Frau stud. phil. Theresa Mayer, Frau Rechtsanwältin Anna Tsepises und Herrn Dipl.-Kfm. Heiko Miltenberger, die mich vor der Drucklegung kritisch-engagiert und hochmotiviert dabei unterstützt haben, möglichst klare und eindeutige Informationen über das Patientenrechtegesetz an die Leserschaft weiterzureichen.

München, 11.4.2013
Ute Walter

beck-shop.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XI
1. Abschnitt. Einleitung – Das neue Patientenrechtegesetz	1
§ 1. Hauptsächliche Regelungsinhalte	3
I. Behandlungsvertrag als neue Kategorie	3
II. Beweislastregeln für Ansprüche aus dem Behandlungsvertrag	4
III. Flankierende Gesundheitspolitik	4
§ 2. Bedeutung im Rechtssystem	5
I. Bezüge zu sonstigen speziellen medizinrechtlich relevanten Vorgaben	5
II. Ergänzende Aspekte zur Rechtsposition des Patienten im deutschen und europäischen Gesundheitswesen	6
§ 3. Inhaltliche Schwerpunkte der Darstellung	7
2. Abschnitt. Regelungen zum Behandlungsvertrag	9
§ 1. Überblick zu den neuen Paragraphen	10
I. Primärpflichten	10
II. Sekundärpflichten	10
III. Beweislastregeln	11
§ 2. Der Behandlungsvertrag nach § 630a Abs. 1 BGB	12
I. „Normalfall“ als gesetzgeberischer Ausgangspunkt	12
II. Vertragsinhalt – Allgemeine Reichweite	14
III. Behandelnder	19
IV. Medizinische Behandlung	20
V. Zusage medizinischer Behandlung nach § 630a Abs. 2 BGB	21
VI. Spezifischer Sorgfaltsmaßstab iSd § 276 Abs. 2 BGB	22
VII. Keine Formvorschriften – ABER	22
§ 3. Auf das Behandlungsverhältnis ansonsten anwendbare Rechtsvorschriften	25
I. Vergütung: Höhe, Fälligkeit und Vorschuss	25
II. Medizinische Behandlung in der arbeitsteiligen Medizin	30
III. Kündigung aus wichtigem Grund	34
IV. Vertragspflichtverletzungen	34
V. Sonderregelungen der §§ 630c ff. BGB zu behandlungsvertraglichen Sekundärpflichten	35

§ 4. Grundsätzliche Mitwirkungs-, Erläuterungs- und Informations- bzw. Offenbarungspflichten	37
I. Kooperation von Behandelndem und Patient anlässlich des Behandlungsverhältnisses	37
II. Erläuterungspflichten des Behandelnden (Informationspflichten über die Behandlung)	40
III. Informationspflicht über eigene und fremde Behandlungsfehler	42
1. Inhalt der Pflicht	44
2. Versicherungsrecht	46
3. Konsequenzen bei Schweigen	48
4. Konsequenzen bei Information	49
IV. Informationspflicht über wirtschaftliche Folgen der Behandlung	51
V. Verzicht auf Erläuterungen bzw. Informationen seitens des Patienten	53
VI. Form?	55
§ 5. Pflicht zur Einholung der Einwilligung vor Durchführung medizinischer Maßnahme einschließlich Pflicht zur Eingriffs-Aufklärung	56
I. „Normalfall“	59
II. Eingriffs-Aufklärung iSd § 630e BGB	62
1. Inhalt	62
2. Wirksamkeitsvoraussetzungen	64
3. Aufklärungsbefähigung	64
4. Form und Dokumentation	65
5. Zeitpunkt	67
6. Verständlichkeit	68
7. Entbehrlichkeit der Aufklärung	69
8. Besonderheiten bei einwilligungsunfähigen Patienten	69
III. Sonderfälle der Einholung der Einwilligung (einschließlich Aufklärung)	70
1. Einwilligungsunfähiger Patient	73
2. Evtl. doch/bereits/noch einwilligungsfähiger Patient	76
§ 6. Dokumentationspflicht	77
I. Patientenakte	77
II. Anforderungen an die Aktenführung	80
III. Aufbewahrungsfristen	81
IV. Sanktionen bei Pflichtverletzung	83
1. Unzureichende Dokumentation	83
2. (Teil-)Verlust der Patientenakte	83
§ 7. Rechte des Patienten zur ihn betreffenden Patientenakte	84
I. Was kann wo & wie von wem verlangt werden?	85

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	IX
II. Rechtslage nach dem Tode des Patienten	87
1. Verbot kraft ausdrücklichen oder mutmaßlichen Patientenwillens	87
2. Befugnisse der Erben	88
3. Befugnisse nächster Angehöriger	88
§ 8. Besondere Beweislastregeln (Behandelnden-Haftung)	90
I. Voll beherrschbares Behandlungsrisiko	91
II. Dokumentation der Aufklärung und/oder Einwilligung	93
III. Sonstiges Dokumentationsversagen	95
IV. Fehlende fachliche Befähigung	98
V. Grober Behandlungsfehler und Befundsicherungs-/erhebungsfehler	99
1. Grober Behandlungsfehler	100
2. (Einfach) Fehlerhaft unterlassene Befunderhebung bzw. unterbliebene Befundsicherung	101
3. Abschnitt. Regelungen im SGB V	103
§ 1. Klärung von Leistungsansprüchen	104
§ 2. Unterstützung bei Behandlungs- und Pflegefehlern	106
§ 3. Verfahrensrechtliche Verbesserungen	108
§ 4. Beschwerde- und Fehlermanagement in Krankenhäusern	111
I. Einrichtungintern	112
II. Einrichtungsübergreifend	112
III. Strafrechtliche Bezüge	113
4. Abschnitt. Checklisten für die Praxis	115
§ 1. Qualitätsmanagement für Patientenrechte (Behandelnder) ...	116
I. Entscheidung zu organisatorischen Rahmenbedingungen	116
II. Abschluss des Behandlungsvertrages	116
III. Phase der konkreten Behandlung	116
IV. Obliegenheiten nach dem Eingriff	117
§ 2. Durchsetzung von Rechtsansprüchen (Patient)	118
I. Abschluss des Behandlungsvertrages	118
II. Vor, während und nach der Behandlung	118
III. Einsichtnahme in die Patientenakte, sofern voraussichtlicher Prüfungsbedarf	118
IV. Konkrete Prüfung	118
V. Weiteres Vorgehen	119
Stichwortverzeichnis	121

beck-shop.de